

## **Einwände, Fragen und Antworten aus den Diskussionen mit den Ortsvereinen im Rhein-Erft-Kreis**

Wir als Projektgruppe „Grundeinkommen“ in der Rhein-Erft-SPD bedanken uns für die angeregte Diskussion, die wir im Vorfeld des Parteitages in den meisten Ortsvereinen zum Thema Grundeinkommen geführt haben. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass ein grundsätzliches Interesse und eine Bereitschaft zur Erarbeitung dieses Projektes in der Mitgliederschaft vorhanden sind.

Die intensiven Diskussionen haben uns geholfen, Schwächen und Stärken zu erkennen. In den Diskussionen konnten wir noch Fragen klarstellen, von denen wir die häufigsten hier zusammengefasst haben. Sie sollen dabei helfen, das Verständnis unserer Thesen zu verbessern.

Wir möchten noch einmal betonen, dass unsere Projektgruppe nicht alle Fragen des Gesamtprojektes Grundeinkommen im Detail klären kann. Wir wollen aber mit unserem Antrag zeigen, dass die Idee des Grundeinkommens unseren sozialdemokratischen Grundwerten entspricht und auch praktisch umgesetzt werden kann.

### **Einwand 1: Für die Zahlung eines solidarischen Grundeinkommens müsse eine Gegenleistung erbracht werden.**

Antwort: Der Ansatz des Solidarischen Grundeinkommens geht davon aus, dass das Volkseinkommen von allen Mitgliedern der Gesellschaft - wenn auch auf unterschiedliche Weise – gemeinschaftlich erwirtschaftet wird. Vom Ertrag erhält jeder eine „Grundsozialdividende“ in Höhe des solidarischen Grundeinkommens vorab.

Außerdem geht die Idee des Grundeinkommens davon aus, dass jedermann das Recht auf eine menschenwürdige Existenz und eine entsprechende materielle Grundlage hat. Das ist von der Gesellschaft akzeptiert. Dann sollte man auch so konsequent sein, das Recht auf menschenwürdige Existenz ohne Bedingungen anzuerkennen.

### **Einwand 2: Viele Menschen würden ohne entsprechende Bildung mit ihrer neuen Freiheit nichts sinnvolles anfangen können.**

Antwort: Eine bessere Bildungsarbeit ist unabhängig von der Einführung eines solidarischen Grundeinkommens notwendig. Es ist notwendig, mit Bildung zur Verantwortung zu erziehen. Allerdings wollen wir keine Bevormundung und keine Bestimmung von Freiheit durch außen. Bildung dient nicht allein der Wissensvermittlung und Berufsvorbereitung, sondern sollte den Menschen in die Lage versetzen, seinem Leben einen Sinn zu geben und dies selbst zu gestalten. Diese Inhalte sind: Persönlichkeitsbildung unabhängig von wirtschaftlichen Verwertungszusammenhängen, Ausbildung für gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten, lebenslanges Lernen und die Befähigung zur Teilhabe an einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

### **Einwand 3: Geld allein schafft es nicht! Mit Geld kann man nicht sozialen Frieden schaffen. Ein Grundeinkommen sei eine Alimentierung der ganzen Bevölkerung.**

Antwort: Das solidarische Grundeinkommen ist keineswegs eine Alimentierung der gesamten Gesellschaft, sondern eine Vorabzahlung aus dem gemeinschaftlich erwirtschafteten Reichtum an alle. Daran schließt sich die Anwendung des Steuersystems an, das aufgrund der Progression kleine und mittlere Einkommen entlasten und insgesamt zu einer Verringerung der Einkommensunterschiede führen soll. Durch diese Umverteilung mit Hilfe des Grundeinkommens werden vielen Menschen neue Chancen zur Teilhabe eröffnet. Ein Grundeinkommen kann nicht alle sozialen Probleme lösen,

53 aber es ist ein bedeutender Beitrag, um den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft zu  
54 stärken.

55

56 **Einwand 4: Ist es gerecht, dass Familien im Verhältnis zu Alleinstehenden in der**  
57 **Summe ein hohes Grundeinkommen erhalten?**

58 Antwort: Familien und Alleinstehende wollen wir nicht gegeneinander ausspielen. Wir  
59 sind uns der Problematik bewusst. Aber Kinder kosten Geld, wenn man sie vernünftig  
60 erziehen will. Ein Grundeinkommen wäre deshalb ein wichtiger Beitrag dazu,  
61 Kinderarmut zu bekämpfen. Je nach Wohnsituation haben wir vorgeschlagen, ein  
62 bedürftigkeitsgeprüftes Wohngeld für Alleinstehende beizubehalten.

63

64 **Einwand 5: Sollen alle Steuerausnahmetatbestände bei der Einkommensteuer in**  
65 **unserem Finanzierungsvorschlag entfallen?**

66 Antwort: Das vereinfachte Steuermodell unter Verzicht auf alle Ausnahmetatbestände  
67 dient zunächst dem generellen skizzenhaften Nachweis der Finanzierbarkeit des  
68 solidarischen Grundeinkommens. Die Einzelheiten des Steuersystems und die detaillierte  
69 Ausgestaltung und Finanzierung der Sozialversicherungen, wofür wir im Rahmen  
70 unserer Diskussionen ebenfalls Überlegungen angestellt haben, müssen im Einzelnen  
71 durch komplexere Modellrechnungen dargestellt werden. Man kann über den Sinn vieler  
72 dieser Steuerausnahmetatbestände nachdenken, mit dem Grundgedanken des  
73 Grundeinkommens hat das allenfalls fiskalisch , aber nicht inhaltlich zu tun.

74

75 **Einwand 6: Eine zu hohe Steuerquote würde zu mehr Schwarzarbeit führen.**

76 Antwort: Es ist richtig, dass bei einer hohen Steuerquote die Anreize zur  
77 Steuervermeidung größer werden. Allerdings führt eine Vereinfachung des  
78 Steuersystems, wie wir sie vorschlagen, auch zu einer Entlastung der Finanzverwaltung,  
79 die sich dann stärker auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit konzentrieren kann.

80

81 **Einwand 7: Es würden bei einer hohen Steuerquote Ausweichreaktionen ins Ausland**  
82 **drohen. Dadurch könnte das Volkseinkommen soweit schrumpfen, dass eine**  
83 **Finanzierung eines Grundeinkommens nicht mehr möglich sei.**

84 Antwort: Auch hier gilt: Durch unser Vorschlag für ein einfaches Steuersystem wird die  
85 Finanzverwaltung entlastet und in die Lage versetzt, einer illegalen Verlagerung von  
86 Vermögen ins Ausland nachzugehen. Außerdem schlagen wir vor, im Rahmen von so  
87 genannten Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Staaten, Regelungen zu treffen,  
88 dass die Besteuerung dort anfällt, wo das Einkommen entsteht.

89

90 **Einwand 8: Die Finanzierung eines Grundeinkommens würde die Staatsquote zu hoch**  
91 **steigen lassen.**

92 Antwort: Das Grundeinkommen in der von uns vorgeschlagenen Form der negativen  
93 Einkommensteuer führt zu einer höheren Staatsquote als heute. Allerdings ist eine hohe  
94 Staatsquote nicht an sich gut oder schlecht. Sie ist lediglich ein Indikator für den Anteil  
95 der staatlich bedingten wirtschaftlichen Aktivität an der wirtschaftlichen Gesamtleistung  
96 einer Volkswirtschaft. In der Volkswirtschaft ist umstritten, welche Schlussfolgerungen  
97 daraus zu ziehen sind.

98 Wir gehen davon aus, dass bei einem Sozial- und Steuersystem, das die Bevölkerung in  
99 ihrer großen Mehrheit zufrieden stellt, eine sogar deutlich höhere Staatsquote akzeptiert  
100 werden würde.

101

102 **Einwand 9: Die Einführung eines Grundeinkommens wäre eine Vision. Was könne man**  
103 **sofort tun?**

104 Antwort: Als Sofortprogramm könnte man ein Grundeinkommen für Kinder einführen.  
105 Oder eine Mindestrente für Ältere, die faktisch wie ein Grundeinkommen wirken würde.

106 Wir schlagen vor, ein solidarische Grundeinkommen über eine negative  
107 Einkommensteuer zu finanzieren. Um das solidarische Grundeinkommen Wirklichkeit  
108 werden zu lassen, bräuchte man einfach das Einkommensteuerrecht zu ändern.  
109